

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Kirsten Tackmann und der Fraktion DIE LINKE.

Verzicht der Bundesregierung auf Einnahmen aus Sponsoring

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

für die obersten Bundesbehörden und die Bundeswehr auf Einnahmen aus Sponsoring zu verzichten.

Berlin, den 28. Februar 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Begründung

Durch Sponsoring der Bundesverwaltung können sich Unternehmen Vorteile verschaffen, und es entsteht der Eindruck, dass die Bundesregierung käuflich ist. Nach Medienberichten (u. a. stern, Heft 04/2007, Berliner Zeitung vom 18. Januar 2007) gehört zu den größten Sponsoren der Rüstungskonzern EADS. Seit 2003 bezuschusst EADS und die Tochterfirmen des Konzerns insgesamt 20 Empfänge, Bälle und Essen für das Bundesministerium der Verteidigung, die Bundeswehr und ihre Gäste. Insgesamt subventionierten EADS und die Tochterunternehmen das Wehrressort seit 2003 mit Geld und Sachleistungen im Wert von rund 87 000 Euro.

Andere Bundesbehörden ließen sich von Firmen wie Siemens, BMW, DaimlerChrysler, VW, E.on, Deutsche Telekom sowie Vattenfall, Shell, GlaxoSmithKline und General Electric sponsern. Die Gesamtsumme der von der Bundesregierung von August 2003 bis Ende 2004 eingeworbenen Leistungen betrug mehr als 55 Mio. Euro.

Die Bundesregierung darf nicht das Ansehen des Staates aufs Spiel setzen und muss ganz auf das Sponsoring in der Bundesverwaltung verzichten. Sponsoren dürfen Regierungshandeln nicht beeinflussen und damit über die Politik in unserem Lande entscheiden.

